

SIGMAR GABRIEL

Zeitenwende in der Weltpolitik

Mehr Verantwortung in
ungewissen Zeiten

HERDER

Sigmar Gabriel

Zeitenwende in der Weltpolitik

Mehr Verantwortung
in ungewissen Zeiten



FREIBURG · BASEL · WIEN

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2018

Aktualisierte Taschenbuchausgabe

© Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2021

Alle Rechte vorbehalten

www.herder.de

Mit Dank an den Keyser-Verlag, München, für die Vermittlung des Buchprojekts

Umschlaggestaltung: Verlag Herder

Umschlagmotiv: © Freepik

Satz: Daniel Förster, Belgern

ISBN E-Book (E-PDF): 978-3-451-82561-3

ISBN E-Book (E-Pub): 978-3-451-82586-6

ISBN Print: 978-3-451-07225-3

Inhalt

1. Warum dieses Buch	9
2. Die Rückkehr der deutschen Frage	15
Deutschland, ein Sehnsuchtsort	15
Neue deutsche Sonderwege	21
Runter vom hohen Ross	32
3. Auf dem Weg in eine neue Welt	41
Die Coronapandemie	42
Klimawandel und Klimapolitik	53
Die weltpolitischen Spielregeln des 20. Jahrhunderts	69
Die Welt im Krisenmodus	76
Die Große Transformation: Ein neues Zeitalter hat begonnen	82
Die Kehrseite der Globalisierung	111
EXKURS: Die Attraktivität der Autoritären	113
G0-Welt? Modelle einer neuen Ordnung	120
Comeback der alten Imperien	123
Der Westen zwischen Tatenlosigkeit und Misstrauen .	125
4. Die USA nach Trump	131
Neustart im Nahen und im Mittleren Osten	131
Eine neue Lastenverteilung ist nötig	135
Auf dem Weg in den Handelskrieg?	139
<i>Hoping for the best – preparing for the worst:</i> Die transatlantischen Beziehungen neu gestalten	141

5. Russland – Nachbar, Partner, Gegner?	147
Kein Interesse am Status quo mehr	149
Die erneute Entfremdung vom Westen	150
Scheinriese Russland?	155
Wieder Wandel durch Annäherung?	156
Ein Waffenstillstand in der Ukraine als Voraussetzung	161
Problematische Pipelinepolitik Europas	164
Politische Naivität vermeiden	168
6. Die chinesische Herausforderung	171
Chinas Strategie und die Planlosigkeit des Westens . .	172
Der chinesische Herrschaftsanspruch – nach außen und nach innen	176
Europäische Antworten?	181
7. Europa in einer unbequemen Welt	185
Die EU ohne Großbritannien	186
Die Gefahr des Scheiterns	193
Herausforderungen für unser Wohlstandsmodell	195
Stronger Europe?	197
Die Einmaligkeit Europas erhalten – trotz Zuwanderung	204
Mutige Visionen für Europa statt Nettozahlerlegenden	205
Stärken, was uns zusammenhält	208
Das vegetarische Europa in einer Welt voller Fleischfresser	217
Ein Europa als zivile Großmacht	218
Ein Europa mit strategischer Kultur	222
Ein krisenfestes und soziales Europa	224
Ein Europa mit Mutter- und Vaterländern	229
Politik und Werte in und für Europa	233
Europa am Katzentisch der Weltpolitik?	236

8. Der Kampf um Deutschlands Seele	247
Europas Stabilität hängt an Deutschlands Mitte	248
Deutschland hat zu viel Angst	249
Mehr Programme und weniger Gründe	251
Zivile Leitkultur	253
Zu Großem bereit sein, auch im Sozialen	256
Neue Ehrlichkeit in der Flüchtlingspolitik	264
Reizthema Rüstungsexporte	270
Alternde Gesellschaft und Zuwanderung	271
Entschlossener handeln: Abschiebung und Grenzschutz	274
Deutschland muss robuster und eigenständiger werden	279
Deutschland muss mehr Außenpolitik wagen	284
Friedensdiplomatie und kritischer Patriotismus	291
Afghanistan: Das Versagen des Nation Building	292
9. Die europäische Antwort	297
10. Was da alles auf uns zu kommt	307
Digitalisierung	318
De-Carbonisierung	320
Demografie	324
Dank	327
Anmerkungen	329
Personenregister	333
Über den Autor	336

Warum dieses Buch

Das britische Nachrichtenmagazin *The Economist*, vielleicht das beste der Welt, widmete 2018 eine ausführliche Titelgeschichte nur einem einzigen Thema: »Cool Germany«.¹

Voller Respekt und Sympathie beschreiben die Autoren darin eine deutsche Gesellschaft, die in den vergangenen Jahren offener und vielfältiger geworden ist. Pluralistischer und entspannter. Eine Gesellschaft mit einer historisch niedrigen Arbeitslosigkeit auf dem Weg zur Vollbeschäftigung. Eine Gesellschaft, die von einer bärenstarken Wirtschaft profitierte und von Freunden umgeben ist. Nie in seiner Geschichte ging es unserem Land so gut.

Ein »goldenes Jahrzehnt« liegt hinter uns. Deutschland wuchs vor der Pandemie in 10 Jahren fast doppelt so stark wie Frankreich, und Italien stagnierte praktisch in dieser Zeit. Die Grundlage für diese enorme wirtschaftliche Entwicklung war die Exportstärke. Etwa 47 Prozent des Bruttoinlandsprodukts wird im Export erwirtschaftet (2019). In Frankreich sind dies nur knapp 32 Prozent und in Italien etwas weniger mit 31,6 Prozent. Deutschlands Maschinen- und Anlagenbau, seine Elektrotechnik, die Chemie, die Fahrzeugtechnik und der Automobilbau, letztlich die gesamte Palette industrieller Fähigkeiten machten das Land zu einem der großen Globalisierungsgewinner. Deutschland wurde zum großen Warenhaus für die Industrialisierung der Welt.

Die wirtschaftliche Stärke, die Vielzahl an Beschäftigungsmöglichkeiten, die soziale Sicherheit sowie die Stabilität seiner Demokratie und der individuellen Freiheits- und Menschenrechte ließen Deutschland in jeder Hinsicht zu einem Sehnsuchtsort werden. Für Zigtausende junge *party*

people, die nach Berlin kommen, auf der Suche nach dem vielleicht besten Nachtleben der Welt. Aber auch für Hunderttausende Flüchtlinge und Migranten, die nach Deutschland kommen – auf der Suche nach Sicherheit und einem besseren Leben.

Hier allerdings endet die »coole« Komfortzone: Denn in der Analyse des *Economist* geht es auch um die unzureichende deutsche Flüchtlingspolitik: Sie steht stellvertretend für die Herausforderungen an Deutschland in einem neuen Zeitalter. Eine Epoche, in der die Grundfesten der (west-)deutschen Nachkriegsordnung massiv infrage gestellt werden. Sosehr die Kanzlerschaft Angela Merkels auch für ein hohes Maß an Stabilität angesichts vielfältiger europäischer und internationaler Krisen steht, so wenig hat sie ihr Land und seine Menschen auf das neue Zeitalter vorbereitet. Ihr Spitzname »Mutti« steht sinnbildlich dafür, dass sie mit einigem Erfolg die Deutschen vor den dramatischen Veränderungen in der Welt der Gegenwart »beschützt« hat. Am Ende ihrer Kanzlerschaft allerdings ist Deutschland deshalb nicht gut vorbereitet auf die anstehende Zeitenwende in der Weltpolitik, deren Augenzeuge wir sind.

Innenpolitisch fällt nach dem bereits erfolgten Abstieg der Sozialdemokratie nun mit der CDU auch die zweite ehemals große Volkspartei in sich zusammen. Die Individualisierungsschübe der letzten Jahrzehnte führen fast schon naturgesetzlich auch zur Auffächerung des Parteiensystems. Der Anspruch, die gesamte Gesellschaft in einzelnen Parteien zu repräsentieren und in der innerparteilichen Willensbildung quasi den Mehrheitswillen der Bevölkerung vorwegzunehmen, um dadurch einen möglichst großen Zuspruch bei Wahlen zu erlangen, gehört mindestens vorerst der Vergangenheit an.

Das Konzept der Volksparteien wird durch eine Art neuer »Honoratiorenpartei« ersetzt, in der allerdings nicht mehr ein fortgeschrittenes Lebensalter oder berufliche Seniorität die Funktionseleiten der Parteien prägen, sondern deren nahezu vollständige kulturelle und berufliche Abhängigkeit von Parteiämtern und Mandaten. Vor allem bei der Sozialdemokratie und der Partei Die Linke gibt es immer weniger Interesse an einem möglichst breiten innerparteilichen Diskurs, der früher die in der gesamten Gesellschaft vorhandene Bandbreite der Meinungen abbilden sollte.

An die Stelle dieses Diskurses werden immer stärker »Bekanntnisse« zu einer als »objektiv richtig« empfundenen »Haltung« gefordert. Und wer sich nicht zum aktuellen Mainstream der Partei bekennt, der wird isoliert, gebrandmarkt oder notfalls aus der Partei gedrängt. Das in der politischen Linken schon immer verwurzelte Jakobinertum feiert seine Auferstehung.

Nicht ein möglichst breites Wissen und der Zugang zu den Alltagserfahrungen der unterschiedlichsten Teile der Gesellschaft sind dafür wichtig, sondern die Kenntnis der innerparteilichen »Strömungen«, der Mehrheits- und Machtfähigkeit und ein hohes Maß von Anpassungsfähigkeit. Es geht zuvörderst um Mehrheiten in der Partei und nicht mehr um die Mehrheitsfähigkeit innerhalb der Wahlbevölkerung.

Der Gegenentwurf sind stärker programmatisch orientierte Parteien, die nie den Anspruch erhoben haben, Volksparteien zu sein, sondern Wert auf inhaltliche und programmatische Konzentriertheit und scharfe Profilbildung gelegt haben. Sie erreichen in ihrer Wählerbindung nicht die frühere Stärke der Volksparteien, aber ihre Attraktivität wächst mit der zunehmenden inhaltlichen Beliebigkeit und Orientierungslosigkeit der anderen.

Hinzu kommt: Weil sich das Parteiensystem aufgefächert hat in vielleicht zwei Parteien, die zwischen 20 und 30 Prozent rangieren, und drei Parteien, die sich aktuell zwischen 10 und 20 Prozent bewegen, werden die Koalitionsmöglichkeiten auf der einen Seite vielfältiger, zwingen aber die größeren Parteien andererseits zur strategisch-taktischen Vorsicht, weil z. B. eine Koalition mit der AfD ausgeschlossen ist und mit der Linkspartei auf Bundesebene bisher kaum vorstellbar erscheint.

Auf der Strecke bleiben die Wählerinnen und Wähler, die mit den weitgehend selbstreferenziell agierenden früheren Volksparteien nichts mehr anfangen können und deren materielle und soziale Anforderungen an die Politik auch nicht im programmatischen Zentrum der anderen Parteien stehen. Im Ergebnis ist vor den Bundestagswahlen 2021 ein allgemeiner Wunsch nach Veränderung unübersehbar, der aber bislang nicht zu einer klaren »Wechselstimmung« wird, weil es keine Partei und kein Parteienbündnis gibt, das ausreichend Projektionsfläche bietet, um zum Träger des Wunsches nach Veränderung zu werden. Allerdings: Eine klare Veränderungsstimmung gibt es schon jetzt.

Aus Sicht vieler Wählerinnen und Wähler dürfte daraus am Ende der Wunsch nach der Kombination aus Veränderung und Kontinuität werden. Und diesen Wunsch wird vermutlich auch die neue Regierungskoalition in Berlin abbilden.

Wirtschaftlich erleben wir einen furiosen technologischen Wandel, dessen Dynamik durch die Coronapandemie noch einmal beschleunigt wurde. Das Megathema künstliche Intelligenz und die Neuerfindung des Autos durch Elektromobilität und autonomes Fahren haben für zusätzliche Beschleunigung gesorgt. Die Konsequenzen für den Industriestandort Deutschland, zumal für seine Vorzeigebbranche Fahrzeugbau und den gesamten Automotive-Bereich, lassen sich kaum überschätzen.

Geostrategisch sind wir Zeitzeugen der Auflösung der liberalen Weltordnung, wie sie nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor allem von den USA aufgebaut wurde. So wie einst die »Pax Britannica« läuft jetzt die Uhr der »Pax Americana« ab, allerdings ohne dass ein anderes Land oder eine überstaatliche Institution an ihre Stelle treten würde. Der amerikanische Analyst Ian Bremmer nennt es die G-Zero (G-Null)-Welt, in der niemand die Kraft oder den Willen hat, die existierenden Konflikte oder globalen Herausforderungen durch Formen der internationalen Zusammenarbeit zu lösen. Gleichzeitig ist offen, wie die Europäische Union und das transatlantische Bündnis, ja der Westen überhaupt, als Eckpfeiler deutscher Außenpolitik, die jeweiligen Sinnkrisen überwinden sollen.

Und auch sozial verändern sich unsere Gesellschaften rasant angesichts von Zuwanderung und demografischem Wandel. Vor allem aber angesichts einer Arbeitsgesellschaft, die sich rasch verändert und unser Verständnis von Bildung und Berufstätigkeit vor neue Herausforderungen stellt. Experten des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung etwa gehen davon aus, dass perspektivisch nicht weniger als 25 Prozent der Arbeitsplätze in Deutschland automatisierbar sind – und wir reden hier nicht nur von Blue-Collar-Jobs. Das Szenario, dass in naher Zukunft Roboter Roboterautos bauen, ist längst keine Science-Fiction mehr.

Zum ersten Mal betrifft eine technische Revolution auch massiv Berufe, die bislang nicht nur als sicher galten, sondern von denen man eher einen Aufbau von Beschäftigung angenommen hatte: technische Angestellte,

Betriebswirte, Kaufleute, Designer, Ingenieure und viele mehr. Führt in der Vergangenheit Rationalisierungsprozesse eher zum Verlust von Arbeitsplätzen mit geringeren Qualifikationsanforderungen, so trifft die digitale Revolutionierung unserer Wirtschaft jetzt vor allem mittlere und gehobene Qualifikationen. Ganz unten und ganz oben in der Qualifizierungsdifferenzierung bleiben die Arbeitsverhältnisse eher konstant oder wachsen sogar, in der Mitte aber geraten die Beschäftigten massiv unter Druck. In dem gesellschaftlichen Segment also, das für die innere Stabilität unserer Demokratien so wichtig ist.

Vollzogen sich grundlegende technologische Veränderungen früher weitgehend im Takt der Generationen, so müssen Menschen heute mehrfach in ihrem Berufsleben mit dramatischen Änderungen ihres Qualifikationspotenzials rechnen. Hinter dem Schlagwort Disruption verbirgt sich also weit mehr als »nur« das Verschwinden klassischer Unternehmen und das Entstehen neuer. Es ist die Ungleichzeitigkeit von Generations- und technologischer Entwicklung, die zum erheblichen Stressfaktor nicht nur für jeden einzelnen Menschen, sondern vor allem für unsere demokratischen Gesellschaften insgesamt werden wird. Dieser Prozess vollzieht sich weltweit, sodass es schwieriger wird, auf Wachstumsmärkte außerhalb Deutschlands und Europas auszuweichen.

Immer klarer wird: Die großen Fragen nach Deutschlands Zukunft, nach seiner gesellschaftlichen Perspektive, seiner ökonomischen und sozialen Zukunft und nach seinem Platz in der Welt bleiben in fahrlässiger Weise unbeantwortet. Die Zentralmacht Europas ist schon deshalb orientierungslos, weil sich Coronapandemie, technologisch-digitale Veränderungsschübe in fast allen Branchen und tektonisch-global-politische Verschiebungen überlappen: Wirtschafts-, Sicherheits- und Migrationskrisen drohen sich so zu einem »perfekten Sturm« zu bündeln. Das Fatale ist: Deutschland hat den Ernst der Stunde noch nicht begriffen, wie der britische Historiker Timothy Garton Ash zu Recht schon 2018 meinte.²

Wie begegnen wir also diesem Sturm? Um die Antworten ist in Deutschland längst ein politischer Kampf entbrannt, der allerdings im Frühsommer 2021 eher unter der Oberfläche schwelt, weil er von Deutschland in Europa mutige Antworten erfordert. Ein Kampf zwischen denen,

die den Rückzug aus der Welt und die Rückbesinnung auf das Nationale durchsetzen wollen, und denen, die sich in die risikoreiche neue Welt des 21. Jahrhunderts einmischen und sie gestalten wollen. Ohne sicher zu sein, dass uns das gelingt. Es ist auch ein Kampf um Deutschland und um die Seele der Deutschen. Weil ich davon überzeugt bin, dass wir nicht tatenlos abwarten können, sondern neue Verantwortung für unser Land, für unseren Kontinent und für die künftige Welt, in der wir leben wollen, übernehmen müssen, habe ich dieses Buch geschrieben. Und ich freue mich, dass es der Verlag Herder nun nach der Erstausgabe 2018 eine aktualisierte Ausgabe als Taschenbuch verlegt hat. Insbesondere die Kapitel 3, 4, 7, 8 und 10 habe ich einer intensiven Bearbeitung unterzogen.

Die Rückkehr der deutschen Frage

Deutschland, ein Sehnsuchtsort

In Deutschland leben mehr als 80 Millionen Menschen. Es ist mit einem Bruttoinlandsprodukt von 3,26 Billionen Euro vor Großbritannien mit 2,32 Billionen Euro die mit Abstand größte Volkswirtschaft Europas und nach den USA, China und Japan die viertstärkste Wirtschaftsnation der Welt. Wir gelten als einer der Motoren der Weltwirtschaft und als »Zugmaschine« Europas. Und auch der deutsche Anteil am Weltsozialprodukt ist mit 3,47 Prozent angesichts unseres weltweiten Bevölkerungsanteils von 1,1 Prozent durchaus bemerkenswert. International ist unser Land als friedliebend und demokratisch geachtet und bei vielen anderen Nationen sogar überaus beliebt.

Kein Wunder also, dass Deutschland zu einem Sehnsuchtsort geworden ist. Ein Ort, wie es die Vereinigten Staaten von Amerika an der Schwelle zum 19. und später zum 20. Jahrhundert waren. Für unser Land schafft die millionenfache Zuwanderung der letzten Jahre Herausforderungen und Probleme, die uns noch lange beschäftigen werden. Denn so verständlich die Hoffnung vieler Menschen ist, hier bei uns ein besseres Leben für sich und für ihre Kinder aufbauen zu können, so klar muss auch sein, dass wir nicht alle aufnehmen können. Uns fehlen, geografisch gesehen, die Weiten Amerikas und wohl auch die Mentalität dieses Landes, das jeden einlud, dort *the pursuit of happiness*, das Streben nach einem glücklichen Leben, für sich zu finden.

Und doch ist es wirklich ein Wunder, dass Deutschland, vor etwas mehr als einer Generation noch ein furchterregender Ort, der im Rest der Welt Angst und Schrecken verbreitete, heute dieser Sehnsuchtsort geworden ist. »Wir wollen ein Land der guten Nachbarn sein, im Innern und nach außen.« Dieses Credo, das der erste sozialdemokratische Bundeskanzler Willy Brandt 1969 in seiner Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag ausgab, ist Realität geworden.³

In meiner persönlichen Erinnerung war dies keineswegs immer selbstverständlich. Meine Kindheit verbrachte ich in einem Viertel meiner Heimatstadt Goslar, das für Flüchtlinge und Vertriebene aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten neu gebaut worden war. Ich wuchs mitten unter Schlesiern, Ostpreußen und auch Balten auf, die als frühere Angehörige der Waffen-SS nicht mehr in die nunmehr von der Sowjetunion besetzte Heimat zurückkehren konnten. Am Ortseingang hing ein großes Plakat mit einer Deutschlandkarte in den Grenzen von 1937. Die Farben Schwarz, Rot und Gold standen für Westdeutschland, die »Ostzone« und die von Russland und Polen annektierten ehemaligen deutschen Ostgebiete. Darunter der Schriftzug: »Dreigeteilt? Niemals!«

Etwas weniger farbig, aber mit den gleichen Grenzmarkierungen waren die Landkarten für unseren Erdkundeunterricht bis zur 10. Klasse der Realschule ausgestattet. Die DDR wurde als »SBZ« – Sowjetische Besatzungszone – bezeichnet, Ostpreußen und Schlesien als »derzeit unter russischer beziehungsweise polnischer Verwaltung«. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, wie sie erst viele Jahre später unter Willy Brandt und dann völkerrechtlich abschließend unter Helmut Kohl 1990 erfolgte, galt als »Landesverrat«. Auch mein aus dem Riesengebirge in Schlesien stammender Vater diffamierte die Polen nur als »Polacken«, und für meine Großmutter war Frankreich der »Erbfeind«.

Viele Jahre später holten mich diese Kindheitserinnerungen ein. Ich war inzwischen Ministerpräsident des Landes Niedersachsen und traf auf Herbert Hupka, damals bereits Ehrenvorsitzender der Landsmannschaft der Schlesier. Hupka war für viele Sozialdemokraten in Deutschland lange Jahre der Inbegriff eines »Revanchisten«. 1972 kehrte er als Bundestagsabgeordneter der SPD den Rücken, wechselte zur CDU

und wollte helfen, Willy Brandt als Kanzler wegen dessen Ostpolitik zu stürzen.

Die schlesische Landsmannschaft bat im Jahr 2000 darum, ihre Treffen wieder in Hannover abhalten zu können. 1990 waren sie nach der Wahl von Gerhard Schröder als Ministerpräsident von Niedersachsen nach Nürnberg ausgewichen, weil der damals neu ernannte Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten, Jürgen Trittin, der Landsmannschaft die Zuschüsse gestrichen hatte. Die Begründung für die Einstellung der Zuschüsse hatten jahrelange rechtsradikale Ausfälle auf den Schlesiertreffen und entsprechende Artikel im Verbandsorgan *Der Schlesier* geliefert. Ich stellte der Landsmannschaft eine erneute finanzielle Förderung für den Fall in Aussicht, dass sie derartige rechtsextreme Propaganda unterlasse. Die Vertreter der Schlesier versprachen hoch und heilig, diese Zeiten seien endgültig vorbei. Nur am Rande sei bemerkt, dass die Schlesier am Ende leider doch nicht nach Hannover zurückkehrten. Vermutlich zahlten die Bayern einfach besser als wir Niedersachsen.

Als ich im weiteren Verlauf des Gesprächs mit Hupka über meine Besuche auf früheren Schlesiertreffen in meiner Kindheit erzählte und berichtete, dass ich dort sogar in einem Akkordeonorchester musiziert hätte, fragte mich Herbert Hupka vorsichtig, ob ich denn einen Walter Gabriel kennen würde. »So könnte man es ausdrücken«, antwortete ich, denn der sei mein Vater. Die schockierten Blicke der Vertreter der Landsmannschaft werde ich nie vergessen. Denn dieser Walter Gabriel war ihnen natürlich gut bekannt: als Autor rechtsradikaler und revanchistischer Propaganda in der Zeitung *Der Schlesier* und in deren Beilage *Die Bergwacht*. Ein Sozi mit einem Nazi zum Vater!

Die Deutsche Frage beschäftigte bis 1990 viele als Teil ihrer Familiengeschichte und der politischen Realität. Keineswegs musste das wie bei meinem Vater enden. Bemerkenswert war etwa die Haltung in der Familie meiner Mutter: Auch sie waren Flüchtlinge aus dem katholischen Ostpreußen. Vor allem die Frauen hatten auf der Flucht Fürchterliches erlebt, und manche waren davon für ihr Leben gezeichnet. Doch so sehr sie sich auch der verlorenen Heimat verbunden fühlte, so wenig spielten dort revanchistische Ideen eine Rolle. Im Gegenteil: Ich sehe meine Mutter und ihre

Schwestern noch vor mir, wie sie Anfang der 1980er-Jahre Carepakete für die in ihrer alten Heimat lebenden Polen packten, die sie bei einer ihrer späteren Reisen dort kennengelernt hatten und die unter dem kommunistischen Regime jetzt in großer Not lebten. Vielleicht erinnerte sich meine Mutter daran, wie wenig die Bauern im kleinen Dorf in Ottbergen nahe Hildesheim nach 1945 bereit gewesen waren, der zwangseinquartierten Flüchtlingsfamilie aus der Nähe von Königsberg beim Überleben zu helfen. Hätte es im benachbarten Kloster nicht einen Mönch aus der Heimatstadt der Familie meiner Mutter gegeben, der sie ab und zu mit Nahrungsmitteln versorgte, ihre Lebensumstände wären noch dramatischer gewesen.

Aus diesem in sich zerrissenen und orientierungslosen Deutschland entstand erst die westdeutsche und dann die gesamtdeutsche Bundesrepublik. Ein friedliebendes und wohlhabendes Land. Es war die Frucht harter Arbeit vieler Millionen Frauen und Männer, unter ihnen auch die Vertriebenen, ohne deren Leistungswillen und Kraft unser Land diesen Aufstieg nicht geschafft hätte. Nicht zu vergessen diejenigen, die aus anderen Ländern zu uns kamen, die wir viel zu lange zu »Gastarbeitern« erklärten und die sich auch selbst viel zu lange so sahen.

Dieses neue Deutschland in der Mitte Europas konnte entstehen, weil unsere Nachbarn bereit waren, mit uns einen neuen Anfang zu wagen. Sie waren nämlich mit einer anderen »Deutschen Frage« beschäftigt: der friedlichen Einbindung Deutschlands in Europa. In Frankreich, den Niederlanden, Belgien, Luxemburg und Italien waren es mutige Politikerinnen und Politiker, die nur wenige Jahre nach den Verheerungen des Zweiten Weltkrieges ausgerechnet uns Deutsche einluden, an den Tisch zivilisierter Völker zurückzukehren. Es dürfte für die Menschen in diesen Ländern nicht gerade populär gewesen sein, ausgerechnet auf die Deutschen zuzugehen, die doch erst wenige Jahre zuvor brandschatzend und mordend durch ihre Heimatstaaten gezogen waren.

Nicht zuletzt haben wir den Vereinigten Staaten von Amerika zu danken. Der Aufbauplan für Europa, der berühmte Marshall-Plan des früheren Generals George C. Marshall, war durchaus kein karitativer Akt, sondern eine weitsichtige strategische Leistung, um den alten Kontinent nicht abermals in reaktionäre und nationalistische Zeiten zurückfallen zu lassen.

Nicht noch ein drittes Mal innerhalb eines Jahrhunderts wollten die Amerikaner ihre Söhne und Töchter in einen Krieg nach Europa entsenden müssen. Deshalb musste Deutschland eingebunden und ein erneuter deutscher Sonderweg verhindert werden.

Dem früheren US-Präsidenten Donald Trump habe ich einmal empfohlen, den »Marshall-Raum« im Weißen Haus zu besuchen. Dort hätte er sich davon überzeugen können, dass Europa keine antiamerikanische konspirative Vereinigung ist, wie er gelegentlich behauptete, sondern einer amerikanischen Idee folgt. Gleich hinter der Tür dieses Raumes kann man an der Wand die kurze Rede George Marshalls lesen, die großer strategischer Weitsicht folgt. Für George C. Marshall war ein geeintes Europa keine Gefahr, sondern ein Interesse der Vereinigten Staaten.

Für mich ist das europäische Projekt heute auch deshalb noch ein Wunder, weil es mit der Europäischen Union gelungen ist, in nur etwas mehr als einer Generation aus erbitterten Feinden erst Partner und dann sogar Freunde werden zu lassen. Meine Großmutter und mein Vater hätten sich nicht vorstellen können, dass Frankreich eines Tages unser wichtigster Verbündeter werden und Polen gemeinsam mit uns der Europäischen Union angehören würde. Noch als Jugendllicher, daran erinnere ich mich, stießen wir auf einer Konfirmandenfreizeit in den Niederlanden auf erhebliche Ressentiments gegenüber uns Deutschen. Wer damals prophezeit hätte, dass die niederländische Regierung wenige Jahrzehnte später einen Teil ihrer Streitkräfte unter deutsches Kommando stellen würde, wäre ins Reich der Fantasie verwiesen worden.

Während sich die Deutsche Frage innerhalb Deutschlands immer auf die Überwindung der deutschen Teilung bezog, stand sie bei unseren Partnern und Alliierten also für eine Strategie, die Deutschland unauflöslich mit seinen früheren Feinden verbinden sollte. Geschichte und Geografie Deutschlands sollten in neu geschmiedeten Allianzen ein Gegengewicht und der jahrhundertlange Konflikt zwischen Zentrum und Peripherie Europas ein Ende finden. Die Antwort auf diese Deutsche Frage war die Einbindung in die westlichen Bündnissysteme. Sie waren und sind bis heute der Garant, dass das große Deutschland auch nach seiner Wiedervereinigung nie wieder zu einer Gefahr für seine Nachbarstaaten werden kann.

Alles gut also? Deutschland, der sanfte Hegemon Europas? Ein Land, vor dem niemand mehr Angst haben muss? Es stimmt, dass die Bundesrepublik ein friedfertiges Land geworden ist. Wir sind keine militärische Bedrohung für unsere Nachbarn und wollen es auch nicht sein. Und es gibt keinen ersichtlichen Grund, warum sich daran etwas ändern sollte.

Doch die Deutsche Frage ist zurückgekehrt – allerdings mit umgekehrten Vorzeichen. Wir halten uns raus, wo unsere Partner und Nachbarn sich mehr Einmischung wünschen. Der deutsche Sonderweg heute könnte darin bestehen, uns von der Verantwortung für Europa und seine Rolle in der Welt fernzuhalten. Nicht militärische Dominanz, sondern die Dominanz des Nichthandelns ist heute die Gefahr, die von Deutschland ausgeht. Wir können jedoch nicht den Wunschtraum mancher erfüllen wollen, eine »größere Schweiz« zu sein. Deutschland ist schlicht zu groß, um sich raushalten zu können. Weder bei der Stabilisierung der Währungsunion noch bei der Bekämpfung sozialer Ungleichheit, weder bei der Wettbewerbsfähigkeit Europas noch in der Sicherheits- und Verteidigungspolitik kann Deutschland einfach abwarten. Das gegenwärtige Kurzpassspiel der deutschen Politik riskiert Europas Zukunftsfähigkeit und politische Durchschlagskraft.

In vielen Ländern Europas verstärkt dies den Eindruck, dass die Idee eines geeinten Europas nur noch eine hohle Phrase von Berufseuropäern geworden ist. Oder wie es der ehemalige Präsident des Europäischen Parlaments, der Sozialdemokrat Martin Schulz, formuliert: »Wir haben die großartige Idee eines geeinten Europas in die Hände der Bürokraten gegeben. Und jetzt verwechseln die Bürger die Technokraten mit der Idee.«

Deutschland wird also lernen müssen, seiner Rolle auf eine neue Art gerecht zu werden. Nicht als Hegemon, aber auch nicht als politischer Abstinenzler. Sind wir auf unsere neue Rolle vorbereitet? Offenbar nur unzureichend. Anders lässt sich nicht erklären, warum wir Deutschen die dramatischen Veränderungen in der Welt und in Europa nicht endlich zum Anlass nehmen, mindestens so viel Mut aufzubringen wie die Gründungsväter des europäischen Projektes nach dem Zweiten Weltkrieg. Damals ging es um Leben und Tod. Was für ein Glück wir doch haben, dass es heute nur meist noch ums Geld geht.

Neue deutsche Sonderwege

Wie aber kann Deutschland sich ändern? Wir Deutschen sind oft damit zufrieden, uns im Reich des Wünschbaren aufzuhalten. Wir fühlen uns dabei anderen überlegen, die im schnöden Hier und Jetzt verhaftet zu sein scheinen. Dies ist keine neue deutsche Eigenschaft. Schon Heinrich Heine machte sich darüber in seinem »Wintermärchen« lustig:

»Franzosen und Russen gehört das Land,
Das Meer gehört den Briten,
Wir aber besitzen im Luftreich des Traums
Die Herrschaft unbestritten.
Hier üben wir die Hegemonie,
Hier sind wir unzerstückelt;
Die andern Völker haben sich
Auf platter Erde entwickelt.«

Nun werden viele einwenden, dass Deutschland in den letzten Jahren doch viel Verantwortung übernommen habe und neben seiner Rolle als wirtschaftliche Führungsnation längst auch die politische Führungsposition behaupte. Das gelte mindestens bis zur Präsidentschaft von Emmanuel Macron in Frankreich. Seither erlebten wir allerdings einen »Wachwechsel« in Europa von Merkel zu Macron.

Dieser Einwand mag bezüglich der Wirtschafts- und Finanzpolitik berechtigt sein. Hier hört in Deutschland der Spaß auf. In keinem anderen Politikfeld verteidigt Deutschland seine ökonomischen Interessen derart hart und kompromisslos. Sosehr wir etwa in der Außen- und Sicherheitspolitik hin- und hergerissen erscheinen mögen, so klar ist die deutsche Haltung, wenn es um Bewahrung der wirtschaftlichen Dominanz geht. Europa wird in Deutschland oft mit Wirtschaft und Finanzen gleichgesetzt. Einer der Gründe, warum selbst überzeugte Europäer wie Wolfgang Schäuble und gewiss auch Angela Merkel derart vehement für die Einhaltung der finanzpolitischen Regeln in der Europäischen Währungsunion gestritten haben, war ihre Sorge um das Vertrauen der Deutschen in

Europa. Beide sind gewiss auch überzeugt von der europäischen Schuldenbremse und davon, dass niemand zulasten anderer Mitgliedstaaten unkontrolliert seine Schulden vergrößern darf. Vor allem aber glaubten die beiden Christdemokraten, dass ein Vertrauensverlust der deutschen Bevölkerung in die Seriosität und die Stabilität der Währungsunion gleichbedeutend mit der Abkehr vom gesamten europäischen Projekt gewesen wäre. Ehe die Deutschen den Wert ihrer Währung aufs Spiel setzen, würden sie sagen: Dann lieber allein. Das ist der tiefere Sinn des Satzes von Angela Merkel: »Scheitert der Euro, scheitert Europa.«

Diese Bereitschaft, in Europa die eigenen deutschen Interessen in der Wirtschafts- und Finanzpolitik durchzusetzen, passt zur Tendenz, sich an anderer Stelle aus der Suche nach einigenden europäischen Strategien und Lösungen herauszuhalten. Als Mitglied der Bundesregierung, als Vorsitzender der SPD und als Vertreter Deutschlands auf internationalem Feld hatte ich erlebt: Unsere Nachbarn nehmen ein Deutschland wahr, das so sehr an seine gute Mission glaubt, dass es dabei die anderen um sich herum nicht mehr versteht, ja sogar missachtet und auf sie herabschaut. Ein Land, das sich damit zufriedengibt, sich im Recht zu fühlen, und oft gar nicht bemerkt, wie sehr sich unsere europäischen Nachbarn von uns entfernen, wie unverständlich und am Ende ablehnend sie reagieren. Ich nenne mit Energiewende, Freihandelsabkommen und Flüchtlingskrise drei Beispiele, die meine Beobachtungen verdeutlichen.

Beispiel Energiewende

Nach Jahrzehnten einer harten und unversöhnlichen inneren Auseinandersetzung war sich Deutschland spätestens nach dem Reaktorunglück im japanischen Atomkraftwerk Fukushima im Jahr 2011 einig, dass ein Ausstieg aus dieser Technologie bei gleichzeitig verstärktem Ausbau erneuerbarer Energien unabdingbar geworden war.

Doch die deutschen Nachbarländer haben damals völlig irritiert auf uns geblickt. Kurz vor dem Reaktorunglück hatte die Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungskoalition von CDU/CSU und FDP nämlich verkündet, die alten Kernkraftwerke in Deutschland – entgegen

den früheren Ausstiegsbeschlüssen der Regierung von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unter Kanzler Gerhard Schröder – rückgängig machen zu wollen. Statt ab 2020 aus der Atomenergie zur Stromerzeugung auszusteigen, wollte die neue Regierung nun sogar auch die älteren Kernkraftwerke um 12 bis 14 Jahre länger nutzen als geplant. Der Jubel unter den Kraftwerksbetreibern war entsprechend.

Dann die plötzliche Kehrtwende innerhalb nur weniger Monate. Wegen eines Reaktorunglücks im viele tausend Kilometer entfernten Japan galten ab sofort all die Atomkraftwerke in Deutschland als zu risikoreich, für deren sicherheitstechnische Spitzentechnologie die Kanzlerin und ihre Regierungskoalition eben noch so vehement eingetreten waren. Die drohende Wahlniederlage von Union und FDP im Kernkraftwerksland Baden-Württemberg vor Augen, sollte nun schneller als unter SPD und Grünen aus der Atomenergie ausgestiegen werden. Vor allem die deutsche Wirtschaft sah sich in kurzer Zeit zwei diametral entgegengesetzten energiepolitischen Grundsatzentscheidungen gegenüber. Nur eine sehr starke Volkswirtschaft wie die deutsche konnte dieses waghalsige Wendenmanöver überstehen. Oder anders ausgedrückt: Den Wechsel von Diagnose und Therapie mitten in der energiepolitischen Operation am offenen Herzen der deutschen Volkswirtschaft überstand der Patient nicht wegen der Fähigkeiten der Chefarzte, sondern nur aufgrund seiner robusten Gesundheit.

In der Folge aber wuchsen natürlich die Treibhausgasmengen, die Deutschland aufgrund seines Ausstiegs aus der CO₂-freien Nukleartechnologie mit seinen Kohle- und Gaskraftwerken produzierte. Die in Europa vereinbarten Klimaziele, die in unserer nationalen Diskussion bereits als zu schwach kritisiert wurden, erforderten nach dem Ausstieg aus der Atomenergie nun noch dringlicher auch den Ausstieg aus der Stein- und Braunkohle zur Stromerzeugung und einen schnelleren Ausbau der erneuerbaren Energien.

Spätestens jetzt wäre eine Diskussion über die deutsche Energiewende und ihre Konsequenzen für Europa dringend erforderlich gewesen. Ebendiese erfolgte aber nicht. Deutschland war viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um sich europäischen Fragen zu stellen. Endlich schien der

innerdeutsche Konflikt gelöst, der Jahrzehnte Menschen in großen Demonstrationen auf die Straße getrieben und im geplanten Atommüll-Endlager Gorleben zum Teil bürgerkriegsähnliche Verhältnisse erzeugt hatte. Endlich waren wir auf der richtigen Seite der Geschichte, konnten auf den internationalen Umwelt- und Klimakonferenzen unsere erfolgversprechenden Strategien und Ausbauziele für klimafreundliche Technologien vorführen. Endlich hatte das Gute gesiegt. Der deutschen Politik waren die Unebenheiten und Fahrbahnverengungen auf diesem Weg, zumindest in Teilen, durchaus bewusst. Dennoch gab es keinen Versuch, sich mit den europäischen Nachbarn über die Energiepolitik zu verständigen. Zum einen bestand die Sorge, dass die anderen Europäer unangenehme Fragen und Anforderungen an Deutschland stellen würden. Zum anderen wurde das europäische Recht schlicht über Jahre vor allem in der Regierungsperiode von CDU/CSU und FDP zwischen 2009 und 2013 ignoriert, um die deutsche Wirtschaft von den Kosten zu befreien, die mit der Förderung der erneuerbaren Energien über die Abgaben an den Strompreis verbunden waren. Vieles davon war nach europäischem Wettbewerbsrecht schlicht eine verbotene staatliche Beihilfe für die deutsche Wirtschaft.

Das Hauptproblem war aber ein anderes: Weil es für einen schnellen Kapazitätsausbau aus Wind- und Sonnenenergie gar nicht genug Stromleitungen in Deutschland gab, wurde der Strom in die benachbarten Stromnetze europäischer Mitgliedstaaten gedrückt. Der dort verfügbare und in Deutschland subventionierte Strom der erneuerbaren Energien zwang vor allem unseren Nachbarn Polen dazu, die eigenen Kraftwerke herunterzufahren – mit entsprechenden negativen wirtschaftlichen Folgen beispielsweise für die polnische Energiewirtschaft.

Aber auch in Deutschland hatte die fehlende europäische Einbindung des Ausbaus erneuerbarer Energie teure Folgen: Die Stromkunden mussten und müssen auch heute noch oftmals ihren Strom aufgrund fehlender Leitungen zweimal bezahlen – einmal zum Preis an der Strombörse und ein zweites Mal über eine Umlage für den Fall, dass der Strom aufgrund fehlender Leitungen nicht geliefert werden konnte. Dann nämlich sprangen andere Kraftwerksbetreiber ein – natürlich gegen erneute Bezahlung. Selbst alte österreichische Ölkraftwerke mit einem immensen Ausstoß von

Treibhausgasen kamen so noch einmal ans Netz. Dass sie einmal die deutsche Energiewende und den deutschen »Klimaschutz« absichern würden, damit hatten die Betreiber in Österreich gewiss nicht gerechnet und kamen vermutlich vor Lachen nicht in den Schlaf. Eine Milliarde Euro mussten allein die Stromkunden des Netzbetreibers Tennet 2017 auf diese Weise aufbringen.

Vor allem bei den osteuropäischen Nachbarstaaten stieß dieses Gebaren der Deutschen auf erheblichen Unmut. Während wir uns in Deutschland auf dem einzig richtigen Weg zur Rettung künftiger Generationen, der Umwelt und des Klimas wähten, interpretierten unsere osteuropäischen Nachbarn das ganz anders: Die technologisch überlegenen Deutschen würden die europäischen Klimaziele nur zu verstärken versuchen, um anderen europäischen Mitgliedstaaten ihre Technologien im Bereich der erneuerbaren Energien zu verkaufen. Deutschland setzte seine wirtschaftlichen Interessen unter dem Deckmäntelchen des Klima- und Umweltschutzes gegen seine Nachbarn durch. Aus Polen mit seiner stark kohlebasierten Stromversorgung kam der Vorwurf, »wieder einmal« der Verlierer zu sein.

Erst in der Legislaturperiode 2013 bis 2017 gelang es, diesen europäischen Fehlstart der deutschen Energiewende wiedergutzumachen. Dass dies gelang, ist vor allem dem Wirken des Staatssekretärs im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie Rainer Baake zu verdanken. Als Mitglied der Grünen hatte er es weder in seiner eigenen Partei noch bei den Sozialdemokraten leicht, auf europäischen Realismus, auf die Abstimmung mit unseren Nachbarn und vor allem auf marktwirtschaftliche Lösungen beim Ausbau der erneuerbaren Energien zu drängen. Auch die Ministerpräsidenten einiger Bundesländer, die selbst nicht in der Lage waren, Stromleitungen zu bauen, aber wirtschaftliche Interessen vor allem am Ausbau der Windenergie hatten, wären lieber weiter dem Motto »je schneller, je besser« gefolgt, statt auf wirtschaftliche Effizienz und einen systematischen Ausbau zu setzen. Das über Jahre gewachsene Ressentiment vor allem unserer osteuropäischen Nachbarn, dass wir Deutschen nicht etwa das Richtige, sondern vor allem das für uns Lohnende im Auge hatten, ist dabei leider nicht so schnell auszuräumen.

Beispiel Freihandelsabkommen

Fast die gesamte letzte Legislaturperiode stritt Deutschland – und hier vor allem die Sozialdemokratie, die Linkspartei, die Grünen, die Gewerkschaften, die Umwelt- und Verbraucherverbände und nicht zuletzt die Kirchen – über und vor allem gegen den Abschluss neuer Freihandelsabkommen. Im Mittelpunkt standen die Verhandlungen mit Kanada über das sogenannte Umfassende Wirtschafts- und Handelsabkommen CETA (*Comprehensive Economic and Trade Agreement*) und mit den USA über das Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP (*Transatlantic Trade and Investment Partnership*). Beide Verträge – so der Vorwurf ihrer Gegner – seien nichts anderes als ein Türöffner für internationale Konzerne, die deutschen und europäischen Umwelt-, Sozial- und Gesundheitsstandards zu unterlaufen, erneute Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen zu erzwingen und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger denen des Kapitals zu unterwerfen.

In Wahrheit kam mit Kanada ein Abkommen zustande, dass all diese Standards sicherte und deren Ausbau förderte. Dies nicht zuletzt, weil sich Kanada mit der progressiven Regierung von Justin Trudeau eine faire und gerechte Globalisierung zum Ziel gesetzt hatte. Das nördliche Nachbarland der USA ist geistig europäischer als mancher europäische Mitgliedsstaat. Trotzdem blieb das Abkommen CETA im Grunde bis zur Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten für viele Deutsche reines »Teufelszeug«. Das schlagende Argument der Debatte war: »CETA ist böse.« Nachdem sich Europa vor allem wegen Deutschland und der belgischen Region Wallonien vollständig verausgabt hatte, um wenigstens das Abkommen mit Kanada unter Dach und Fach zu bringen, fehlten für einen TTIP-Abschluss mit den USA unter dem scheidenden Präsidenten Obama Kraft und Zeit. Aber nicht nur das: Bis heute, vier Jahre nach der Verabschiedung durch die Europäische Union, hat der Deutsche Bundestag das fortschrittlichste Freihandelsabkommen der Welt nicht ratifiziert. Immer wieder finden sich im Parlament zum Teil haarsträubende »Argumente« dagegen. Und wenn alles nichts hilft, wird eben auf ausstehende Urteile des Bundesverfassungsgerichts verwiesen, obwohl das Gericht selbst alle Eilanträge bislang abgelehnt hat. Vor allem die ehemals »progressiven« Parteien

des politischen Spektrums haben offenbar vergessen, dass schon im Wort »Fortschritt« erkennbar ist, dass Reformen und Veränderungen zum Besseren eben »Schritt für Schritt« kommen und nicht mit einem einzigen »großen Wurf« entstehen.

Deutschland sieht sich gern als »Vorreiter der europäischen Einigung« – solange sich das nach unseren nationalen politischen Vorlieben vollzieht. Inzwischen fordert die deutsche Politik sogar eine europäische Armee – vermutlich so lange, bis wir darin im Ernstfall unsere Beiträge zu leisten haben! Wir fühlen uns wie große Golfspieler, die den politischen Ball zielsicher weit in die Zukunft schlagen. In Wahrheit beherrschen wir nicht einmal das europäische »Minigolf«, bei dem in berechenbaren Bahnen Ziele auf kurzer Distanz anvisiert werden.

Mir geht es nicht um die Erkenntnis, dass wir Deutschen es uns gelegentlich unnötig schwer machen, sondern um etwas anderes: Niemand außerhalb Deutschlands hat diese deutsche Debatte über die Freihandelsabkommen verstanden – vom Regionalparlament der Wallonie mal abgesehen, das aber eher innerbelgische Gründe für seinen Widerstand hatte. Denn der Blick Deutschlands war ausschließlich nach innen gerichtet, sodass wir unser Handeln unseren europäischen Partnern nicht erklärten. Ganz Europa schüttelte den Kopf ob unserer deutschen Unnachgiebigkeit und Härte, mit der die Gegner dieser Freihandelsabkommen diese Auseinandersetzung führten. Im Europäischen Rat der Wirtschafts- und Handelsminister ist mir die Bemerkung eines Ministerkollegen besonders in Erinnerung geblieben, die deutlich macht, wie sehr unsere Nachbarn auf unser Treiben mit wachsender Verärgerung reagierten: »Wenn ihr eurer Wirtschaft schaden wollt, dann ist das eure Sache. Ihr seid so reich, ihr könnt euch das vielleicht leisten. Wir nicht.« Wo wir Deutschen dachten, wir würden um das Gute und Richtige streiten, sahen unsere Nachbarn nur deutsche Egozentrik.

Beispiel Flüchtlingspolitik

Das dritte und wohl einschneidendste Beispiel ist die Flüchtlingspolitik. Als die überwältigende Mehrheit der Deutschen im Herbst 2015 dachte,

wir würden mit einer großen Geste unsere inzwischen erreichte Humanität unter Beweis stellen, fühlten sich die meisten anderen europäischen Mitgliedstaaten von uns erpresst.

Ich muss vorbehaltlos eingestehen, dass ich das damals auch nicht gesehen habe. Als mich Angela Merkel am Freitag, dem 4. September 2015, gegen 21 Uhr anrief, sprachen wir von etwa vier- bis sechstausend Flüchtlingen, die seit Tagen unter unhaltbaren Zuständen auf dem Bahnhof der ungarischen Hauptstadt Budapest festsaßen. Nach geltendem europäischen Recht und der Genfer Flüchtlingskonvention hätte Ungarn diese Menschen aufnehmen und in einem geordneten rechtsstaatlichen Verfahren prüfen müssen, ob ein Anspruch auf Asyl als Verfolgte oder auf eine Duldung als Flüchtling vorlag. Gemeinsam mit dem damaligen Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier stimmte ich an diesem Freitagabend dem Vorschlag der Kanzlerin zu, die Flüchtlinge aus Budapest nach Deutschland zu holen und die Verfahren hier zu betreiben, da Ungarn ganz offensichtlich dazu nicht bereit war. Die deutsche Bundeskanzlerin hatte zuvor auch mit ihrem österreichischen Amtskollegen Werner Faymann über die explosive Lage in Ungarn gesprochen. Bundeskanzler Faymann, Sozialdemokrat und einer meiner wirklich engen Freunde, war ebenso wie die Christdemokratin Merkel der Überzeugung, dass diesen Menschen geholfen werden müsse.

Unmittelbar nach Bekanntgabe, die Flüchtlinge vom Budapester Bahnhof zu übernehmen, meldete sich der CSU-Vorsitzende und damalige bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer zu Wort und kritisierte die Entscheidung. Er war entweder von der CDU-Vorsitzenden nicht vorher gefragt worden, weil Angela Merkel seine Antwort ahnte, oder er ließ sich von ihr telefonisch nicht erreichen, weil er die Frage der Kanzlerin kannte. Auf Verlangen des Koalitionspartners CSU tagte dann aber am darauffolgenden Sonntag, dem 6. September 2015, der Koalitionsausschuss von CDU, SPD und CSU im Bundeskanzleramt. Im Beschluss dieses Gremiums heißt es: »Die am Wochenende getroffene Aufnahmeentscheidung von Deutschland und Österreich soll eine Ausnahme bleiben.« Der Rest ist bekannt: Dieser Beschluss erwies sich als pure Illusion.

Aus den vier- bis sechstausend Flüchtlingen wurden im Verlaufe des Wochenendes bereits 20 000. Täglich strömten jetzt Tausende Menschen

über die deutschen Grenzen. Unkontrolliert und ohne dass wir darauf in irgendeiner Weise vorbereitet gewesen waren. Die überbordende Hilfsbereitschaft in Deutschland war für viele von uns in der Regierung eine große Überraschung. Auch ich war anfangs von der Willkommenskultur überwältigt. Endlich konnten wir mit diesem unübersehbaren Beispiel unsere neue deutsche Mitmenschlichkeit und Hilfsbereitschaft beweisen. Es war das Gefühl, der Welt belegen zu können, dass von dem nationalistischen und unmenschlichen Deutschland nichts mehr übrig war. Für mich schien der Nachweis erbracht, dass nicht nur die Alliierten damals Nazideutschland besiegten, sondern wir es auch selbst geschafft hatten.

So sehr, wie wir uns und unsere Moral feierten, so heftig schüttelten unsere Nachbarn den Kopf. »Die Deutschen sind verrückt geworden«, lautete das Urteil nicht nur in Osteuropa über uns. Der völlige Kontrollverlust über unsere Grenzen machte Europa sprachlos. Wir schienen erhebliche Sicherheitsrisiken in Kauf zu nehmen, wir ließen es vor allem an jeder Absprache mit unseren europäischen Nachbarn fehlen. Neben dem offiziellen Lob der Vertreterinnen und Vertreter europäischer Institutionen wuchs schnell die Kritik an unserem Handeln. Und spätestens seit der Idee, die zu uns strömenden Flüchtlinge in Europa nach Quoten in andere Länder zu verteilen, spaltete sich die Europäische Union wie nie zuvor.

Der bulgarische Intellektuelle Ivan Krastev sieht in den Auseinandersetzungen um die Öffnung der Grenzen im Jahr 2015 einen Schock, der für die europäischen Gesellschaften mit der Wirkung der Attentate des 11. September 2001 auf die Twin Towers in New York vergleichbar sei: »Seit einem Jahrzehnt – seit die Lehman-Pleite eine weltweite Rezession einleitete – vollführt die EU einen Tanz mit ihren eigenen Krisen: der Eurozone, dem Brexit, der Revolution (und möglichen Konterrevolution) in der Ukraine. Ich behaupte jedoch, die Flüchtlingskrise kann als Primus inter Pares der aktuellen Krisen und als der ›Tanzpartner‹ gelten, den die EU letztlich heimführen wird. Als einzige wirklich gesamt-europäische Krise stellt sie das politische, ökonomische und soziale Modell Europas infrage. Die Flüchtlingskrise hat die Lage in Europa grundlegend verändert. Sie lässt sich nicht einfach durch den Zustrom von Flüchtlingen oder Arbeitsmigranten erklären. Wir erleben unter anderem auch eine

Migration der Argumente, Emotionen, politischen Identitäten und Wählerstimmen. Die Flüchtlingskrise erweist sich als Europas 11. September.«⁴

Nicht nur Ungarn und Polen lehnten Flüchtlingsquoten als »Diktat aus Brüssel« ab. Ich denke noch an die Mitteilung des sozialistischen Ministerpräsidenten Manuel Valls in der französischen Nationalversammlung, dass Frankreich nach einem ersten kleinen handverlesenen Kontingent keine weiteren Flüchtlinge aufnehmen werde. Wie sehr sich Deutschland von wesentlichen Teilen Europas entfernt hatte, merkte ich spätestens am 18. September 2015 bei einem Treffen mit Valls, dem österreichischen Kanzler Faymann und dem schwedischen Premierminister Stefan Löfven in Wien. Valls fragte mich damals sichtlich erregt: »Dass ihr Deutschen Europa wirtschaftlich führt, wissen wir. Dass ihr es seit einiger Zeit auch politisch führen wollt, haben wir lernen müssen. Aber sag mal, wollt ihr uns jetzt auch moralisch führen?«

Schlagartig war klar: Nicht die »zurückgebliebenen und unmodernen« Osteuropäer mit ihrer Weigerung der Flüchtlingsaufnahme brachten Europa Probleme, sondern wir Deutschen hatten das zu verantworten. Was bei uns einem humanitären Impuls folgte, wurde in großen Teilen Europas als deutsche Arroganz verstanden. »Erst ladet ihr die Flüchtlinge ein, ohne uns zu fragen, und dann sollen wir sie euch abnehmen«, so lautete der Vorwurf meiner europäischen Kollegen, wenn kein Mikrofon eingeschaltet war und keine Kamera lief.

Ivan Krastev erklärte in einem *Spiegel*-Interview dazu: »Die eigene Verletzlichkeit in einer globalisierten Welt wurde erkannt. Diese Umdeutung ließ reaktionäre Kräfte erstarken und führte letztlich auch zu der Polarisierung, die wir heute im Trump-Amerika beobachten können.«⁵ Anders ausgedrückt: Die in jeder Gesellschaft schlummernden Dämonen wurden wachgerüttelt, und überall schauen wir jetzt ihren hässlichen Fratzen ins Gesicht. »Auf diese Weise hat die Migrationskrise nicht nur das Links-rechts-Gleichgewicht in der europäischen Politik verschoben und den liberalen Konsens unterminiert, der jahrzehntelang in Europa herrschte, sondern zudem auf der Linken wie der Rechten eine Identitätskrise ausgelöst (...)«, meint der Bulgare Krastev.⁶ Auch in Deutschland haben wir seitdem unsere äußere Liberalität mit dem Verlust innerer